



N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	UVE/045/2016
Datum	Montag, den 01.02.2016
Sitzungsbeginn	18:10 Uhr
Sitzungsende	19:30 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend:

vom Gremium

Dr. Barbara Greis	Ausschussvorsitzende	Bündnis 90/Die Grünen
Tim Brückmann	Stadtverordneter	SPD
Christopher Bursukis	Stadtverordneter	SPD
Ingeborg Koster	Stadtverordnete	SPD
Udo Volck	Stadtverordnetenvorsteher	SPD
Akop Voskanian	Stadtverordneter	CDU
Christian Cloos	Stadtverordneter	CDU
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter	CDU
Jürgen Weigel	Stadtverordneter	Bündnis 90/Die Grünen
Dunja Boch	Stadtverordnete	FW
Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Norbert Kortlüke	Stadtrat
Harald Semler	Stadtrat

von der Verwaltung

Thomas Hemmelmann	Büro des Baudezernats
Tobias Wein	Rechtsamt
Markus Heller	Tiefbauamt
Ulrich Erbe	Tiefbauamt
Sven Torben Tropp	Tiefbauamt
Heiko Scholl	Amt für Stadtentwicklung
Andreas Schäfer	Kämmerei
Wendelin Müller	Sportamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Gerner, als Schriftführer
Frau John

außerdem waren anwesend

Herr Lademacher, Ing.büro für Verkehrsplanung, Bochum (zu TOP 1)
Stv. Hugo, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitglieder des Bauausschusses

AV Dr. G r e i s eröffnete die 45. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 10 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 Altstadtparkkonzept**
Vorlage: 2734/15 - I/635
- 2 Städtebaulicher Vertrag IKEA – Stadt**
Bezug Drucksachen Nr.: 2567/15 vom 30.09.2015
Vorlage: 2840/16 - I/657

Zu 1 Altstadtparkkonzept
Vorlage: 2734/15 - I/635

StR S e m l e r erläuterte, dass das Altstadtparkkonzept mehrfach diskutiert worden sei. Mit dem Beschluss dieses Konzeptes werde für den Magistrat der Startschuss gegeben, über einzelne Folgemaßnahmen, z. B. die Gebührensatzung, zu diskutieren.

Dipl.-Ing. Christian L a d e m a c h e r vom Ingenieurbüro für Verkehrsplanung/Bochum ging in seiner Power-Point-Präsentation unter anderem auf

- die Aufgabenstellung
- das Untersuchungsgebiet
- die Öffentlichkeitsbeteiligung
- die Analyse des bestehenden Parkraumangebotes

- die angebotenen Parkstände und die Erreichbarkeit der Parkplätze
- die Verbesserung des Angebotes an öffentlich nutzbaren Parkständen im Umfeld der Altstadt
- die Anpassung der Gebührenstruktur
- die Optimierung des bestehenden Parkleitsystems und
- Informationen im Internet

ein.

StR S e m l e r bestätigte auf Frage von Stv. B o c h, dass die Parkgebührenfreiheit in mehreren Gesprächen mit der IG Altstadt thematisiert und als kluge Lösung erkannt worden sei. Auch die Altstadtbewohner seien einbezogen worden, jedoch würden die unterschiedlichen Interessenslagen eine große Herausforderung darstellen. Es gebe nur die Möglichkeit, Kompromisse einzugehen. Stv. W e i g e l vertrat mit Blick auf die Stellplatzsatzung die Auffassung, dass das Altstadtparkkonzept nicht getrennt von den Stellplätzen, mit denen etwas großzügig umgegangen werde, beurteilt werden könne. Stv. P o h l plädierte dafür, die beiden Themen „Altstadtparkkonzept“ und „Stellplätze“ nicht zu vermischen. Die Stellplatzsatzung könne nach dem politischen Willen überarbeitet werden, eine Umsetzung sehe er als Verwaltungshandeln an.

Stv. S c h n e i d e r a t nahm erfreut zur Kenntnis, dass das Konzept nicht vorsehe, an den Mitarbeiterparkplätzen am Neuen Rathaus zu rütteln. Die CDU werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten, da noch Diskussionsbedarf in der Fraktion bestehe. Aus Sicht der Einzelhändler könne er die Befürchtung, dass durch die Kurzzeitparkplätze Kunden wegbrechen können, nachvollziehen. StR S e m l e r betonte, dass alle Interessen berücksichtigt worden seien, was auch die Einzelhändler am Ende von intensiven Gesprächen akzeptiert hätten.

StvV V o l c k erklärte, dass er die Parkplatzsituation in Wetzlar nicht für prekär halte und stellte aus seiner Sicht fest:

- Die Parkplätze auf dem Schillerplatz würden die Sicht auf die Altstadt verhindern
- Positiv beurteile er die Vorschläge im Bereich Franziskanerstraße
- Weitere Parkplätze an der Konrad-Adenauer-Promenade halte er für wünschenswert, aber undurchführbar (Fällung von Straßenbegleitbäumen erforderlich)
- Weiteres Potenzial an Parkplätzen sehe er in den Bereichen Klostergarten, Parkplatz „Franzis“ und an der ehem. Stadtmauer

StR S e m l e r wies darauf hin, dass die vorgeschlagene Diagonalaufstellung von Kfz an der Konrad-Adenauer-Straße sieben zusätzliche Parkplätze vorsehe. Baumfällungen würden damit nicht einhergehen.

Abstimmung: 8.0.3

Zu 2 Städtebaulicher Vertrag IKEA – Stadt
Bezug Drucksachen Nr.: 2567/15 vom 30.09.2015
Vorlage: 2840/16 - I/657

StR S e m l e r bezog sich auf die in der Begründung zur Vorlage enthaltene Tabelle und erläuterte die Kostenaufteilung. IKEA baue die Zufahrt an die Hermannsteiner Straße um (994.000 €) und übernehme auch die Kosten für die verkehrlichen Anpassungen der Abfahrt B 49 (82.000 €), der Hermannsteiner Straße (64.000 €), außerdem 100.000 € zur Herstellung von Rad- und Fußwegen entlang des Einrichtungshauses. Die kompletten Baunebenkosten würden von IKEA übernommen. Der städtische Kostenanteil betrage nun 716.000 € anstatt bisher 1.293.000 € (- 577.000 €).

Stv. W e i g e l erbat Informationen zur Planung von Maßnahmen am Brückenbauwerk. StR S e m l e r gab zur Kenntnis, dass gemäß jetzigem Stand über das Frühjahr 2017 hinaus unter der Brücke gebaut werde, also auch nach der IKEA-Eröffnung. Stv. P o h l bezog sich auf § 2 Abs. 8 des „Städtebaulichen Vertrags“ und erkundigte sich nach den Konsequenzen, falls die oberirdischen Maßnahmen am Brückenbauwerk nicht bis zur Eröffnung des Einrichtungshauses fertiggestellt seien. StR S e m l e r zeigte sich optimistisch, dass die oberirdischen Arbeiten im Herbst 2016 beendet sein werden. Herr E r b e berichtete von aktuellen Brückenbauwerksuntersuchungen, die die Grundlage für die erforderliche Instandsetzungsplanung darstellen würden. Punktuelle Maßnahmen an der Brückenoberseite, die auch zu verkehrlichen Behinderungen führen können, seien insbesondere die Fahrbahnsanierung und die Arbeiten an den Übergangskonstruktionen auf der Nord- und Südseite.

Abstimmung: 8.0.3

AV Dr. G r e i s schloss die 45. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. G r e i s

G e r n e r